



Schweizer Risiken in Griechenland

Verwirrung um BIZ-Statistik zu Ausständen von Banken

Gemäss den Statistiken der BIZ sind Schweizer Banken in Griechenland stark exponiert. Schlüsselte man die Daten jedoch auf, zeigt sich, dass nur eine einzige, noch dazu griechische Bank für diese hohen Ausstände verantwortlich ist.

hus. · Die Finanzkrise in Griechenland erscheint so gravierend, dass ein Staatsbankrott (vornehmer: eine Umstrukturierung der Staatsschulden) nicht völlig jenseits realistischer Szenarien anzusiedeln ist. Die Märkte verlangen denn auch von Griechenland-Papieren erhebliche Risikozuschläge. Andere Länder fragen sich derweil, wie gross ihre Exponierung in Griechenland sein könnte. Hinweise dazu liefern quartalsweise die Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).

Gemäss diesen Daten waren Schweizer Banken per Ende September des vergangenen Jahres mit total 64 Mrd. US-Dollar bei griechischen Instituten exponiert. Laut einer zweiten BIZ-Statistik, welche eine etwas andere Definition der geografischen Exponierung benutzt, sind Schweizer Banken insgesamt gar mit fast 79 Mrd. \$ in Griechenland im Risiko. Solch hohe Zahlen scheinen sich kaum mit den Verkündungen der beiden Schweizer Grossbanken zu decken, wonach sie in Grie-

chenland nicht stark exponiert seien. Etwas Aufklärung lieferte unlängst der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Frage des St. Galler SVP-Nationalrats Lukas Reimann.

Der Bundesrat stützte sich dabei auf Angaben der Nationalbank (deren Daten auch in die BIZ-Statistik einfließen). Demgemäss entfielen Ende September des vergangenen Jahres über 90% der genannten Exponierung von rund 79 Mrd. \$ auf eine griechische Bank mit Sitz in Genf, die sich inzwischen allerdings in Luxemburg niedergelassen habe. Gemeint ist damit die durch eine griechische Familie kontrollierte EFG-Gruppe. Die Ausstände der beiden Schweizer Grossbanken beliefen sich dagegen Ende September 2009 zusammengenommen laut Bundesrat tatsächlich auf verhältnismässig bescheidene 1,9 Mrd. \$. Die genannten Zahlen betreffen Ausstände gegenüber dem griechischen Zentralstaat ebenso wie gegenüber anderen griechischen Institutionen.

Der Bundesrat nannte auf Basis von Nationalbank-Angaben noch zwei weitere Zahlen. Demnach beliefen sich die Gesamtforderungen der Schweizer Banken gegenüber den Zentralstaaten Griechenlands, Portugals, Spaniens, Italiens und Irlands Ende 2009 auf total 12,2 Mrd. Fr. und gegenüber Grossbritannien auf 17,5 Mrd. Fr. Die früheren Daten der BIZ werden damit stark relativiert.